

Vortrag und Diskussion zum Irak-Krieg

Imperialismus heute

Warum die marktwirtschaftlich verfassten Gemeinwesen nach innen und außen auf Gewalt beruhen und immer wieder Kriege brauchen.

Di, 6. Mai 03
19h, ZHG 105

(Zentrales Hörsaalgebäude, Uni)

mit Peter Decker
GegenStandpunkt-Verlag

Die amerikanische Supermacht vollendet ihre Welt-Herrschaft.

Kaum haben Bushs Truppen die Macht im Irak vernichtet und sich an deren Stelle gesetzt, geht die US-Regierung auf den nächsten Staat los, der ihr nicht passt. Jetzt soll Syrien Massenvernichtungswaffen besitzen oder anstreben, den Terror unterstützen, der verjagten irakischen Führung Obdach geben – oder halt sonst irgendwie den Schurken abgeben. Mit solchen Anschuldigungen, auf deren Wahrheitsgehalt es nicht ankommt, macht die Supermacht sich den nächsten Feind zurecht. Entweder er beugt sich der ausgreifenden amerikanischen Neuordnung des gesamten Nahen Ostens, gibt israelischen Expansionsabsichten nach und hilft mit, den palästinensischen Restwiderstand fertig zu machen – oder er wird überfallen und aus dem Weg geräumt wie sein Nachbar. Die Freiheit zu Erpressung und Krieg hat der Feldzug im Irak jedenfalls enorm verbessert. Das kleine, in Sachen Bewaffnung grenzenlos unterlegene Syrien ist inzwischen von israelischen und amerikanischen Truppen eingekreist.

Mit diesen gar nicht erst beschönigten Präventivkriegen treibt der amerikanische Präsident die militärische Beherrschung des Globus, die Ausrottung der letzten Feinde Amerikas und dessen Kontrolle über den wichtigsten strategischen Rohstoff der Weltwirtschaft kompromisslos voran – und begründet damit eine neue Stellung gegenüber der gesamten Staatenwelt, speziell den alten Verbündeten in Europa.

Beleidigte Mit-Imperialisten schwanken zwischen ohnmächtiger Verweigerung und wirkungslosem Mitmachen.

Die aufstrebenden Mächte der Europäischen Union sehen sich vom amerikanischen Kriegskurs beschädigt und betroffen, weil sie genauso kalkulieren wie die USA. Sie haben eigene „Sicherheitsbedürfnisse“, die sie weit entfernt von ihren Landesgrenzen befriedigen. Sie würden selbst gerne Quellen und Transportrouten wichtiger Rohstoffe ihrer Wirtschaft kontrollieren. Sie hätten eigene Gründe für Krieg, „Regimewechsel“ und „Neuordnung“ von Regionen – z.B. auf dem Balkan vor wenigen Jahren. Die bisherigen weltpolitischen Partner sehen sich durch das praktizierte amerikanische Monopol auf Krieg bedroht – als eigenständige Militärmächte und imperialistische Konkurrenten nämlich. Wenn Amerika der Welt verbindlich Freund und Feind vordefiniert und die Feinde gleich selbst vernichtet, bleibt kein Platz für eine europäische Weltmacht.

Eigentlich waren alle Europäer gegen den „Alleingang“ der USA; darüber, was dagegen zu tun sei, haben sie sich gespalten: Die Briten haben den Alleingang im Irak durch eigenes Mitschießen verhindert; die anderen verweigerten die Zustimmung – und haben nun zu sehen, wie sie wieder irgend einen Einfluss auf die Nachkriegsordnung im Nahen Osten bekommen können. Ihr freches Angebot, mit Geld und Soldaten beim Wiederaufbau zu helfen, sofern die USA die eroberte Hoheit in Bagdad an die UNO abtreten würden, ist schon abgelehnt.

Deutschland, Frankreich, Russland – und die meisten anderen Staaten des Globus dazu – präsentierten sich vor dem Blitzkrieg im Irak und während seines Verlaufs als Friedensfürsten: Krieg, hieß es da, sei das Scheitern der Politik, der Diplomatie, ja der Menschheit. Wir Deutschen, so Schröder, wüssten das besonders gut, weil wir so viel Erfahrung damit haben. Weil dieser Krieg gegen die Interessen Deutschlands, Frankreichs etc. gerichtet war, warfen sich Schröder, Chirac etc. in

die Pose des Verteidigers des Völkerrechts – das sie beim Angriff auf Jugoslawien 1999 selbst souverän missachtet haben – und verteidigten das „Gewaltmonopol der UNO“, das sie seinerzeit wie jetzt die USA ignorierten. Nachdem das alles nichts genützt hat, zieht der Friedenskanzler einen anderen Schluss aus der Niederlage der deutschen und europäischen Politik, die der US-Krieg ihr beigebracht hat: Wir friedlichen Europäer brauchen eine Europa-Armee, mehr Geld für Rüstung und eine gemeinsame Verteidigungspolitik.

Die Friedensdemonstranten verteidigten ihre gute Meinung von der Politik gegen ihre aktuelle Erfahrung, weil sie diese immer nicht wahrhaben wollten: Krieg, forderten sie, sei kein Mittel der Politik; dürfe jedenfalls keines sein. Die USA und ihre gedemütigten alten Partner beweisen das Gegenteil: **Krieg ist nicht nur ein Mittel der Politik, er ist das entscheidende, ultimative!**

Warum das so ist, warum kapitalistische Staaten ohne die moderne Barbarei des Krieges gar nicht auskommen, will der Vortrag erläutern. Dabei soll auch vorkommen, wie und wohin die USA die Welt gerade verändern.



in Kooperation mit:

Rote Liste ★



Gruppe 3
c/o Buchladen Rote Straße
Nikolaikirchhof 7
37073 Göttingen

info@gruppe3.org
www.gruppe3.org